



16.065

ELG. Änderung (EL-Reform)

LPC. Modification (Réforme des PC)

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 31.05.17 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.03.18 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.03.18 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.03.18 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.05.18 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 10.09.18 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.18 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.03.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.03.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.03.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 22.03.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 22.03.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (EL-Reform)

Loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI (Réforme des PC)

Art. 9a

Antrag der Einigungskonferenz

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates, aber:

Liegenschaften, die von der Bezügerin oder dem Bezüger oder einer Person, die in die Berechnung der Ergänzungsleistung eingeschlossen ist, bewohnt werden und an welchen eine dieser Personen Eigentum hat, sind nicht Bestandteil des Reinvermögens gemäss Absatz 1.

Abs. 4

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates, aber:

Vermögen, auf welches gemäss Artikel 11a Absätze 2, 3 und 4 verzichtet wurde, gehört auch zum Reinvermögen gemäss Absatz 1.

Abs. 5

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 9a

Proposition de la Conférence de conciliation

Al. 1, 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 3

Adhérer à la décision du Conseil national, mais:

L'immeuble qui sert d'habitation au bénéficiaire de prestations complémentaires ou à une autre personne comprise dans le calcul de ces prestations et dont l'une de ces personnes au moins est propriétaire n'est pas considéré comme un élément de la fortune nette au sens de l'alinéa 1.



Al. 4

Adhérer à la décision du Conseil national, mais:

Les parts de fortune visées à l'article 11a alinéas 2, 3 et 4 font partie de la fortune au sens de l'alinéa 1.

Al. 5

Adhérer à la décision du Conseil national

Art. 11 Abs. 1 Bst. c; 11a0; 16a Abs. 1

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 11 al. 1 let. c; 11a0; 16a al. 1

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

AB 2019 S 178 / BO 2019 E 178

Art. 21a Abs. 3

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 21a al. 3

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil national

Übergangsbestimmung zur Änderung vom ... (EL-Reform)

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Disposition transitoire de la modification du ... (Réforme des PC)

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Graber Konrad (C, LU), für die Kommission: Seit unserer letzten Debatte zu den Ergänzungsleistungen in der Differenzbereinigung hat der Nationalrat noch die Differenz bei Artikel 9 Absätze 1ter und 1quater bereinigt. Es ging dabei um die Regelung, wonach die jährlichen Ergänzungsleistungen bei einem vollständigen und teilweisen Aufbrauchen des bezogenen Kapitals um 10 Prozent gekürzt werden. Dieser sogenannte Sanktionsartikel wurde dann im Plenum gestrichen, nachdem die SGK-NR noch Festhalten beantragt hatte.

Noch eine zweite Vorbemerkung: Der Bundesrat hat mit der Verordnung 19 über Anpassungen bei den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV vom 21. September 2018 auf den 1. Januar 2019 die Beiträge für den allgemeinen Lebensbedarf nach Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe a ELG an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst. Der Betrag für alleinstehende Personen (Ziffer 1) beträgt neu 19 450 Franken und für Ehepaare (Ziffer 2) neu 29 175 Franken. Diese Beträge bilden aber nicht Bestandteil der aktuellen Revision, aber es wird hier kommuniziert, damit man den Faden findet, wenn man diese neuen Beträge feststellt. Der Betrag für Waisen und Kinder (Ziffer 3) ist Bestandteil der aktuellen Revision und beträgt neu 10 170 Franken. Er ist jedoch nicht Gegenstand des Antrages der Einigungskonferenz, da bereits übereinstimmende Beschlüsse der Räte vorliegen. Beide Räte haben entschieden, neu zwischen dem Betrag bei Waisen und Kindern ab 11 Jahren (Ziffer 3) und dem Betrag bei Waisen und Kindern unter 11 Jahren (neu Ziffer 4) zu differenzieren und letzteren zu senken. Nach der Debatte im Nationalrat bestanden noch drei Differenzen zwischen Ständerat und Nationalrat. Die erste Differenz betrifft die Artikel 9a, 11a0, 16a Absatz 1 sowie die Übergangsbestimmung Absatz 2. Hier ging es um die Frage der Vermögensschwelle bzw. des gesicherten Darlehens. Die Einigungskonferenz hat sich hier im Wesentlichen dem Nationalrat angeschlossen, wobei sie in Artikel 9a Absatz 3 den Zusatz "wenn das Einverständnis nach Artikel 11a0 vorliegt" gestrichen hat. Konkret bedeutet dies, dass wir bei alleinstehenden Personen eine Vermögensschwelle für den EL-Bezug von 100 000 Franken und bei Ehepaaren von 200 000 Franken vorsehen. Dabei bilden Liegenschaften – ich glaube, dass das entscheidend ist –, die von den EL-Beziehenden bewohnt werden, nicht Bestandteil des Reinvermögens. Das heisst, dass sie nicht berücksichtigt werden. Die Leute können also in ihrem Eigenheim bleiben.



Politisch, auf die Differenzbereinigung bezogen, bedeutet dies, dass die Vermögensschwelle beibehalten wurde, dass sie aber nicht noch durch das vor allem im Ständerat kritisierte Instrument des gesicherten Darlehens abgesichert wird. Ich erinnere daran, dass unser Rat im Wesentlichen zwei Punkte erreichen wollte: keinen Zwangsauszug von EL-beziehenden Rentnerinnen und Rentnern aus ihrem Einfamilienhaus oder aus ihrer Eigentumswohnung und ein Zurückführen von bezogenen Ergänzungsleistungen im Rahmen des Erbanges. Beide Forderungen konnten somit erfüllt werden, obwohl wir in weiten Teilen dem Nationalrat gefolgt sind.

Die nächste Differenz betrifft Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe c. Hier geht es um die Freibeträge im Gesamtvermögen. Der Nationalrat wollte hier Beträge wie vor der Neuordnung der Pflegefinanzierung, ohne Berücksichtigung der Teuerung. Der Ständerat wollte eine Berücksichtigung der Teuerung wie nach der Neuordnung der Pflegefinanzierung. Hier ist die Einigungskonferenz dem Ständerat gefolgt.

Die letzte Differenz betrifft Artikel 21 Absatz 3. Hier geht es um die Möglichkeit der Abtretung und Auszahlung der Ergänzungsleistungsbeträge für Tagestaxen in Heimen und Spitälern direkt an den Leistungserbringer. Die Einigungskonferenz ist dabei dem Nationalrat gefolgt. Festzuhalten ist, dass bereits in einer früheren Phase der Differenzbereinigung sichergestellt wurde, dass die EL-beziehenden Heimbewohnerinnen und -bewohner weiterhin über einen Kleinstbetrag für private Bedürfnisse, über ein sogenanntes Sackgeld, verfügen können. Das ist ein Anliegen, das vor allem dem Ständerat wichtig war.

Nun noch zu den finanziellen Auswirkungen; sie präsentieren sich wie folgt: Gemäss Botschaft rechnete der Bundesrat mit EL-Ausgaben im Jahr 2030 von 6,671 Milliarden Franken, der Ständerat in der letzten Runde der Differenzbereinigung mit 6,545 Milliarden, der Nationalrat mit 6,509 Milliarden. Das Endergebnis liegt nun bei 6,519 Milliarden Franken. Ich weise darauf hin, dass es sich bei diesen Zahlen um Planzahlen im Jahr 2030 handelt, unter Berücksichtigung sämtlicher Annahmen, die hier zugrunde liegen.

Wir liegen also 152 Millionen Franken unter der Berechnung des Bundesrates, 10 Millionen über der letzten Fassung im Nationalrat und 36 Millionen unter der letzten Fassung im Ständerat, insgesamt also ziemlich eingemittelt.

Damit konnten alle Differenzen in einem Gesamtpaket einer Einigung zugeführt werden. Auf Einzelanträge in der Kommission gehe ich nicht mehr ein, da am Schluss für die Räte lediglich das Gesamtergebnis relevant ist. Diesem wurde in der Gesamtabstimmung mit 22 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

Ich empfehle Ihnen, dem Antrag der Einigungskonferenz zu folgen.

Le président (Fournier Jean-René, président): Merci, Monsieur le rapporteur, pour cette présentation de la proposition de la Conférence de conciliation. Je rappelle, pour la bonne forme, qu'une proposition de la Conférence de conciliation ne peut être qu'acceptée ou rejetée in globo et qu'elle ne peut pas faire l'objet d'une proposition de modification. Je rappelle également que, depuis le 26 novembre 2018, chaque conseil doit voter, même s'il n'y a pas de proposition de minorité, sur la proposition d'une Conférence de conciliation.

Berset Alain, conseiller fédéral: En fait, il n'y a pas grand-chose à rajouter aux propos du rapporteur. Mais j'aimerais quand même souligner le fait que la proposition de la Conférence de conciliation arrive à un moment crucial de cette réforme, au moment où elle s'approche d'une version qui lui permettra d'être adoptée. C'est très important, parce que nous avons, avec le système de prestations complémentaires, un des fondements majeurs de notre régime de prévoyance: c'est le régime qui permet depuis 1966 de répondre au mandat constitutionnel de couverture des besoins vitaux des bénéficiaires de l'AVS et de l'AI.

La Conférence de conciliation fait une proposition. Par définition, il s'agit d'un compromis; il nous paraît absolument soutenable. Nous relevons que les points essentiels auxquels le Conseil fédéral s'opposait ont disparu de la proposition qui vous est faite, notamment par exemple, dans les seuils de fortune, le fait de prévoir l'inscription d'un droit de gage. Cela nous paraissait compliqué, coûteux et difficile à mettre à oeuvre. Cette idée a été écartée par la Conférence de conciliation. Mais cette dernière a néanmoins suivi la volonté du Conseil national d'avoir le seuil de fortune tel que prévu. Pour les restitutions des prestations complémentaires, c'est la version de votre conseil qui l'a emporté, avec un montant de 40 000 francs plutôt que les 50 000 francs prévus par le Conseil national. Pour la franchise sur la fortune, c'est également la version de votre conseil qui l'a emporté. Pour le

AB 2019 S 179 / BO 2019 E 179

versement de la prestation complémentaire au home, il s'agit de la position antérieure du Conseil national. Cela nous paraît vraiment être un compromis positif pour cette réforme.

Pour les conséquences financières, on peut dire que, effectivement, suite aux chiffres donnés par le rapporteur c'est une réforme qui va permettre de réaliser des économies de l'ordre de 450 millions de francs par rapport



à la situation actuelle dans le domaine des prestations complémentaires. En parallèle, il y a des coûts supplémentaires à hauteur d'environ 200 millions de francs pour l'adaptation des loyers minimaux. Ce qu'on peut dire avec ces chiffres, c'est que le niveau des prestations est globalement maintenu. C'était un des objectifs de la réforme de réussir à optimiser, à économiser là où c'était possible, mais sans toucher au niveau des prestations; dans ce sens, on peut dire que c'est un exercice qui est réussi.

Et, puisqu'il s'agit comme je le disais d'un compromis équilibré qui tient compte tant de la volonté de votre conseil que de celle du Conseil national, et parce que l'aboutissement de ce projet est extrêmement important pour assurer le bon fonctionnement des prestations complémentaires, j'aimerais vous inviter, au nom du Conseil fédéral, à approuver la proposition de la Conférence de conciliation.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Einigungskonferenz ... 36 Stimmen

Dagegen ... 3 Stimmen

(0 Enthaltungen)